

„Die Stimme“ Organ des Gewerbevereins der Holzarbeiter Deutschlands (H.-D.)

Abonnementspreis pro Monat 30 Pf.
Bestellungen richtet man an den
Verlag: Gewerbeverein der Holzarbeiter
Deutschlands
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 222

Alle Zuschriften für die „Stimme“ an F. Wenzel, Ulm a. D., Poststr. 47, Telefon 1442
Alle für das Hauptbüro des Gewerbevereins bestimmten Postsendungen sind zu adressieren
Gewerbeverein der Holzarbeiter Deutschlands, Berlin N. O. 55, Greifswalder Straße 222
Sämtliche Bestellungen an M. Schumacher, Berlin N. O. 25, Greifswalderstr. 111
Postcheckkonto 89 221 beim Postfachamt Berlin N. W. 7. Telefon Berlin Alexander 4720

Anzeigen die 4-spaltige Zeile
20 Pfennig
Arbeitsmarkt 15 Pfennig
Ortsvereinsanzeigen 10 Pfennig

Organisation.

Einzelnen steht der Mann
In seiner Kraft;
Einzelnen zerplittern sie
An dem Stärkeren,
Doch die Kräfte vereint die Gesamtheit
Zu einem Ganzen,
Bilden die Macht.
Und die Macht gibt dem Einzelnen
Das, was nun alle besitzen
Das Recht und die Pflicht;
Stößt ihm ein von ihrem Geiste,
Daß er in ihr selbstbewußt lebe
Und sie erkenne.
Er fühlt sich von ihrem Geiste
Belebt, befeelt,
Und jeder siehet, daß da herrschet
Die Macht
Und der Teil in ihr.
Der seiner Kraft.

R a d a n.

Die deutschen Gewerbevereine H.-D.

II.

Das erste Auftreten der sozialdemokratischen Bewegung.

Nicht siegen vermochte die Reaktion auf dem wichtigen Gebiete des Genossenschaftswesens. Schulze-Delitzsch und andere liberale Männer hatten die Grundlage geschaffen. Durch die gegründeten Genossenschaften wurden auch die Arbeiter zum Nachdenken erregt, weil sie zeigten wie selbst unter schwerem Druck die vereinte Kraft und Initiative wirtschaftlich Schwächer Bedeutendes erwirken kann.

Dann hob sich der bleierne Druck, welcher auf dem öffentlichen Leben lastete, etwas, als in Preußen 1858 der nachmalige Kaiser Wilhelm I. die Regentenschaft übernahm. Die Liberalen, zugleich auf die Einheit und Freiheit gerichteten Bestrebungen durften sich wieder betätigen, was sie lebhaft und energisch auf allen Gebieten versuchten. Nicht nur, daß die Genossenschaften einen erheblichen Aufschwung nahmen, nicht nur, daß die unterdrückten Bildungsvereine wieder auflebten und sich vermehrten, sondern diese Vereine gingen auch an, in Theorie und Praxis sich mit den wirtschaftlich-sozialen Arbeitsverhältnissen zu beschäftigen. Der Interessengegensatz zwischen Arbeiter und Arbeitgeber trat in der öffentlichen Bewußtsein. In einem Teile der Handwerker- und Arbeiterbildungsvereine hatte man keine Genüge mehr an den Vorträgen über allerlei Wissenswertes in Natur und Geschichte, man verlangte Aufklärung über die Fragen die das Wohl und Wehe der Arbeiter berührten, und in notwendiger Konsequenz auch die Anbahnung der Abhilfe. Die Lage der Arbeiter war so, daß ein Vertuschen oder Ignorieren der Uebelstände nicht möglich war. Leider erkannte das Bürgertum in seiner Gesamtheit nicht das Wesen und das Prinzip der Arbeiterfrage. Man erkannte nicht, daß es im Interesse der Freiheit geradezu notwendig wurde, eine Beschränkung der Freiheit des wirtschaftlich Stärkeren vorzunehmen. Man hatte zu lange gegen eine staatliche Bevormundung gekämpft, als man jetzt den Eingriff des Staates in das Gewerbewesen mit beschränkenden Bestimmungen aufhief. Erst später war es bei den Liberalen Grundbesitz die „Deutsche Volkspartei“, die sich mehr der sozialen Frage annahm. Der im Jahre 1859 gegründete alte „Nationalverein“ verkannte in Bezug auf die Arbeiterfrage die Pflicht der Stunde. Die Arbeiter, die sich um den Beitritt zum Nationalverein bemühten, hielt er von dem Vorhaben ab, da jeder Arbeiter sowieso das

geborene „Ehrenmitglied“ des Vereins sei. Das war natürlich mehr Hohn als Ehre. Ein Teil der Bildungsvereine suchte durch Gründung von Konsumvereinen, Krankenkassen und anderen praktischen Einrichtungen die Wünsche der Arbeiter zu befriedigen. Andererseits versuchte man die schärfsten Gewerbebeschränkungen zu beseitigen und durch die Gewährung von Freizügigkeit und Koalitionsfreiheit die Kraft des Einzelnen zu heben.

Am Anfang der 60er Jahre griff auf einmal Ferdinand Lassalle aufsehenerregend in das Rad der Zeit ein. Das zwecks Einberufung eines Arbeiterkongresses eingesetzte Komitee hatte sich an ihn gewandt. Am 1. März 1863 veröffentlichte Lassalle in einem „Offenen Antwortschreiben“ das, was er über die soziale Lage der Arbeiter dachte, und die Mittel, die er zur Besserung vorschlug. Er verkündete den Arbeitern das „eherne ökonomische Lohngesetz“ wonach ihnen durch das unänderliche Wesen der kapitalistischen Produktionsweise ihr Arbeitsertrag bis auf das zur dürftigen Lebenshaltung Notwendige entzogen werde. Er empfahl die Abjurgation der Arbeiter von der damaligen Fortschrittspartei und die Bildung einer eigenen sozialdemokratischen Partei. Durch Produktivgenossenschaften und das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht hoffte er die Lösung der Arbeiterfrage erreichen zu können.

Die sozialistischen Lehren Lassalles fanden in der liberalen und demokratischen Presse lebhaften Widerspruch. Die konservativen Zeitungen hielten sich vorläufig kühl, weil sie in der Zersplitterung der Arbeiterschaft und des Bürgertums die beste Lösung und Beendigung des Verfassungskonflikts erhofften, in dem Bismarck mit der alten Fortschrittspartei lag. Bismarck und Lassalle hatten oft stundenlange Unterredungen, weil jeder für seine Ziele ein Interesse an der Schwächung vorhin genannter Partei hatte. Wohin aber die Trennung vom Bürgertum und Arbeiterschaft geführt hat, sehen wir heute mehr als deutlich. Doch darüber später.

Lassalle war fieberhaft tätig. Am 23. Mai 1863 gelang es seinem diktatorischen Vorgehen und seinen nimmermüden Bemühungen den „Allgemeinen deutschen Arbeiterverein“ zu gründen, als erste sozialdemokratische Organisation. Als Lassalle am 31. August 1864 an den Folgen eines Duells — in die er wegen seiner Liebesaffäre mit Helene v. Dörnigges verwickelt wurde, — starb, da hatte es zwar die Organisation noch nicht über 5000 Mitglieder gebracht.

Aber auch die liberalen Arbeiter- und Bildungsvereine blieben nicht untätig. Schon am 7. Juni 1863 schlossen sie sich auf dem Vereinstag in Frankfurt a. M. zu einem „Verband deutscher Arbeitervereine“ zusammen. 110 Vertreter vertraten 17580 Arbeiter auf diesem Kongress. In einem am 19. Mai erlassenen Aufruf hatte man sich gegen die Lassalleschen Ideen gewandt. Dem „ständigen 12köpfigen Ausschuss“, der auf dem Frankfurter Vereinstag eingesetzt war, gehörten u. a. an der Gründer der „Frankfurter Zeitung“ L. Sonnemann, der Genossenschafts- und Finanzschriftsteller Ed. Pfeiffer-Stuttgart, der Gymnasiallehrer später berühmte Professor Alb. Lange, Dr. Max Hirsch, der Gründer der Deutschen Gewerbevereine, sowie auch der heutige Führer der deutschen Sozialdemokratie August Bebel, der damalige Leipziger Drechslermeister. Letzterer kämpfte damals noch in den Reihen der liberalen Arbeiterschaft: Ja, als Dr. Max Hirsch im ständigen Ausschuss beantragte, daß dem 3. Vereinstag der liberalen Arbeitervereine, der im September 1865 zu Stuttgart stattfand, die Forderung des jetzigen Reichstagswahlrechts beschäftigen sollte, da gehörte Bebel noch zu jenen, die gegen die Gewährung eines solchen Wahlrechts sich aussprachen. Andererseits soll Lassalle zu den Gegnern des Koalitionsrechts gehört haben, wie Bernstein in seinem ersten Bande der Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung mitteilt. Wie sich doch die Dinge ändern können!

(Fortsetzung folgt.)

Rückblick und Ausblick.

Ein Jahr ernster und schwerer Gewerbevereinsarbeit liegt hinter uns. So mancher alte Kämpfer ist mit gemischten Gefühlen in das Jahr 1924 eingetreten. Zwar machten sich in den beiden letzten Monaten des Jahres 1923 leichte Anzeichen einer Festigung

unserer Währung bemerkbar, doch mußte man berechnete Zweifel an der Bessergestaltung des Wirtschaftslebens haben. Die allgemeine Lage war überaus ernst, die Arbeiterchaft durch die vielen Entbehrungen zermürbt, der Verzweiflung nahe gebracht, die Vermögenswerte aller Arbeiterorganisationen vernichtet, ein Teil durch die Verhältnisse geblendeter Kollegen hatte der Organisation den Rücken gekehrt und sanken immer tiefer in das Elend hinab.

Die Arbeitgeberverbände hielten nun die Zeit für gekommen, der Arbeiterchaft durch einseitiges Diktat die Lohn- und Arbeitsbedingungen vorzuschreiben: Unter der Parole: Steigerung der Produktion versuchte man mit allen Mitteln den Achtstundentag zu beseitigen und dafür den Zwölfstundentag einzuführen. Jeder Tarifvertrag sollte beseitigt werden. Die Schlichtungsausschüsse sollten durch Nichtbescheidung sabotiert, die Gewerkschaften sollten ihres bisherigen Einflusses beraubt werden. Die wahre Absicht der Unternehmer ging aus einem Flugblatt, welches die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände herausgegeben hatte, hervor dort heißt es: „Nicht schlechter sind die Gründe, mit denen die Arbeitgeberchaft um die Beseitigung des staatlichen Bürokratismus bei der Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Privatwirtschaft ringt. Seit nunmehr fünf Jahren muß sich die deutsche Wirtschaft gegen das Tarif- und Lohn-diktat der Schlichtungsausschüsse und staatlichen Behörden zur Wehr setzen. In der Vorkriegszeit war die freie Verständigung der Parteien über die Regelung der Arbeitsbedingungen ohne staatlichen Schiedszwang die Regel. Gewiß kam es dabei zu Streiks, wie es auch in Zukunft trotz staatlichen Schlichtungsweises immer wieder Lohnkämpfe geben wird. Selbst Sowjetrußland bedurfte eines drakonischen Strafgesetzes gegen Streiks. Die deutsche Arbeitgeberchaft hat sich im November 1918 dem Grundgesetz des Tarifvertrages unterworfen, zum Teil mit Widerstreben, weil man schwerwiegende Schädigungen für Wirtschaft und Staat aus dem Tarif-schematismus befürchtete. Man hoffte, daß auf dem Boden der Arbeitsgemeinschaft und des Grundgesetzes der Vertragsfreiheit für beide Teile diese Schwierigkeiten überwunden wurden. Auch diese Hoffnung ist durch den Bürokratismus vernichtet worden. Heute macht die deutsche Arbeitgeberchaft dem Staat den Vorwurf, daß er durch die Schaffung des in keinem Gesetz begründeten und mit dem Sinn der Zentralarbeitsgemeinschaft in unlöslichem Widerspruch stehenden Schlichtungs- und Tarifzwanges die Arbeitsgemeinschaft zerstört und den Tarifvertragsgedanken unterhöhlt hat. Die Möglichkeit, ein staatliches Schlichtungsverfahren auch trotz vorhandener Tarifinstanzen in Bewegung zu setzen, die Möglichkeit schließlich, nach Erlaß eines Schiedspruchs erneut Verhandlungen vor dem Demobilisationskommissar zu erzwingen, mußte zwangsläufig dazu führen daß das Interesse an freier Verständigung schwand. Die deutsche Arbeitgeberchaft und ihre Vereinigung kann aber für sich in Anspruch nehmen, daß sie seit fünf Jahren auf die Gefahr dieser Entwicklung aufmerksam gemacht und Regierung wie Gewerkschaften immer wieder beschworen hat, von diesem falschen Weg abzugehen und mit der Anerkennung der Vertragsfreiheit auch wieder den Boden für freie Verständigung zu schaffen. Worauf es der Wirtschaft in dem Ringen um die Vertragsfreiheit ankommt, ist lediglich das Bestreben, wieder den Boden für eine neue Arbeitsgemeinschaft zu gewinnen und die Kluft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Rahmen einer Notgemeinschaft des deutschen Volkes wenigstens so weit zu verjähern, daß sie mit Leichtigkeit zu überbrücken ist.“

An anderer Stelle heißt es in dem Flugblatt: „Nicht um einen schematischen Zehnstundentag geht unser Ringen, sondern um diejenige Arbeitszeit, die im Interesse der Allgemeinheit zur Erreichung des höchsten wirtschaftlichen Nutzeffektes in den einzelnen Industrien und Gewerben notwendig ist.“

Nicht Anechtung der Arbeiterchaft unter dem Diktat der Unternehmer ist unser Ziel, wenn wir um die Beseitigung des Tarif-schematismus und des Tarifzwanges der Bürokratie ringen; sondern Gesundung der Wirtschaft.

Nicht Lohnverfallung wollen wir, sondern eine Hebung der Kaufkraft der Massen durch Steigerung und Verbilligung der Produktion.

Um unsere Währung ringen wir und damit um die zukünftige Freiheit des deutschen Volkes.

Eine freie, deutsche Wirtschaft wollen wir, die nur da mächtig sich entfalten kann, wo Kräfte frei sich regen.“

Nichtkennner der Verhältnisse müssen zu der Erkenntnis kommen, daß den Arbeitgebern nur das Wohl der Arbeiter und des Staates am Herzen liegt, ebenso, daß jede Gewaltpolitik ihnen fern liege. Eigenrümlich mißt uns der Verständigungswille dieser Kreise an. Man macht die Gewerkschaften für die Zerstörung der Arbeitsgemeinschaften verantwortlich. Gerade, weil wir grundsätzliche Anhänger der Arbeitsgemeinschafts-gedanken sind und im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft nicht mitmachen. Was bisher nur beschloß, unter dem Deckmantel der Arbeitsgemeinschaft an der Regierung gegen die Gewerkschaften, an Verächtlichmachung ihrer Arbeit, an Vergiftung der öffentlichen Meinung durch die Verzerrung der deutschen Arbeitgeberverbände und den Reichsverband der deutschen Industrie geleistet wurde, setzte sich nun mit brutaler Offenheit fort. Zugleich aber auch enthüllte sich der rücksichtslos soziale

Geist dieser Unternehmerverbände, der Abbau der Sozialpolitik wurde rücksichtslos gefordert.

Die Unternehmen im Holzgewerbe sind der Parole dieser Arbeitgeberverbände nur zu gern gefolgt. Der bewährte Reichsmantelvertrag für das deutsche Holzgewerbe wurde gekündigt und ist es dieserhalb zu einem neuen Vertragsabschluß noch nicht gekommen. Die 60 stündige Arbeitszeit war der Wunsch der Arbeitgeber im Holzgewerbe. Niedere Entlohnung mußte getreu dem Versprechen an die großen Arbeitgeberverbände durchgedrückt werden. Zur Durchführung dieser Tatsache scheute man auch vor umfangreichen Streiks und Ausperrungen nicht zurück. Man glaubte, mit den leeren Kassen der Gewerkschaften und der zermürbten Arbeiterchaft leichtes Spiel zu haben. Nur eins hatte man unterlassen, in die Rechnung einzustellen, das war der jahrzehntelang erprobte Kampfesgeist der Holzarbeiter. Geradezu bewundernswürdig war es, anzusehen, wie die durch die Inflation und lange Arbeitslosigkeit in ihrer Wirtschaft schwer heruntergekommenen Arbeiter den Kampf aufnehmen, mutig noch weiterhin Not und Entbehrung auf sich nahmen, um ihre Rechte zu wahren. Diese wackeren Kämpfer haben nicht umsonst gelitten, sie haben ihr Ziel erreicht, der Achtstundentag ist aufrechterhalten worden, die Bestimmungen des früheren Reichsmantelvertrages sind in den meisten Orts- und Landestarifverträgen verankert. Wenn die Entlohnung in vielen Fällen viel zu wünschen übrig läßt, so tragen in erster Linie diejenigen Kollegen die Schuld, welche in dieser schweren Zeit der Organisation den Rücken gekehrt haben. Das muß immer wieder hervorgehoben werden. Diese eines Besseren zu belehren, muß Aufgabe eines jeden organisierten Kollegen sein.

Auch die Vernichtung der Gewerkschaften ist den Arbeitgeberverbänden nicht gelungen. Im Gegenteil, die Wunden der Inflation fangen an, zu vernarben die Kassenverhältnisse sind auf dem Wege der Gesundung, ein großer Teil der Fahnenflüchtigen ist wieder zurückgekehrt. Auf Grund dieses Gesundungsprozesses war es möglich, unser Unterstützungswesen wieder neu aufzubauen. Die Streikunterstützung ist noch nie außer Kraft gewesen. Vom 1. Januar 1925 sind die sozialen Unterstützungen wieder eingeführt. Von da ab wird wieder Arbeitslosen-, Reise-, Umzugs- und Hinterbliebenen-Unterstützung gezahlt die Arbeitslosen-Unterstützung auf die Dauer von 10 Wochen. Vom 1. April 1925 tritt auch wieder die Erwerbslosen-Unterstützung bei Krankheit in Kraft und zwar wird die Hälfte der Sätze der Arbeitslosen-Unterstützung gezahlt, jedoch auf die Dauer von 20 Wochen. Bliden wir zurück auf die vielen Kämpfe und Widerwärtigkeiten des verflohenen Jahres, so können wir mit Genugtuung feststellen, daß unsere Kampfkraft ungebrochen ist und daß sich eine zwar langsame aber ständige Gesundung innerhalb unserer Organisation bemerkbar macht. Erneut ballen sich die drohenden Wolken am politischen und wirtschaftlichen Horizont, das mahnt uns zur erneuten Aufmerksamkeit. Als Gewerksvereiner dürfen wir nicht ruhen, noch rasten sondern ständig in Bereitschaft liegen es gilt, den letzten Mann unserer Organisation zuzuführen, nur so werden wir imstande sein, die uns bevorstehenden Aufgaben auch in Zukunft zu erfüllen.

Sinein in die Organisation.

Für jeden denkenden Arbeiter ist es ohne weiteres klar, daß er organisiert sein muß. Wie würden die Lohn- und Arbeitsbedingungen aussehen, wenn wir keine Arbeiterorganisationen hätten die an ihre Verbesserung wirkten. Gewiß ist in dieser Hinsicht noch vieles zu tun, niemand wird dies verkennen, aber Erfolge werden wir nur erreichen können, wenn die Arbeiter sich fest an die Organisation angeschlossen. Durch gleichgültiges Zurwarten wird der Zustand nicht besser, sondern nur durch opferwillige Mitarbeit.

Es gibt leider manchen Kollegen, der zwar anerkennt daß die gewerkschaftliche Organisation, der Gewerksverein, notwendig ist, der aber trotzdem unorganisiert ist. Er gehört zu jenen die ihre Beiträge „sparen“ möchten, die anderen Opfer bringen lassen; gern aber doch an den Erfolgen der Organisation teilnehmen wollen. „Wenn Du etwas mehr erhältst werde ich es auch wohl erhalten?“ denkt er und so hofft er, zu ernten was andere gesät haben. Einem solchen „Mitarbeiter“ sollte eigentlich die Schamröte ins Gesicht steigen, denn es spricht aus dem Ganzen eine Einstellung die mit einer Arbeiterethik und -Würde sich nicht verträgt.

Sonderbare Ausreden hört man oft, wenn man Kollegen zum Beitritt ermahnt. Aber damit wird niemand geholfen. Ein jeder, der uns fern steht schädigt die Arbeiterinteressen. Darum muß unser Mahnruf: Arbeiter, treten dem Gewerksverein bei! immer wieder laut und deutlich erklingen. Auf der Grundlage der parteipolitischen Unabhängigkeit und der religiösen Neutralität haben die Deutschen Gewerksvereine ihre Aufgaben zu lösen versucht und die Arbeiterchaft zur Einigkeit ermahnt. Unsere Organisation hat stets gern mitgearbeitet, wenn es galt für gute Lohn- und Arbeitsbedingungen, um Menschenrechte und Menschenwürde zu kämpfen. Die Unterstützungs-einrichtungen des Gewerksvereins waren immer so, daß man den Beitritt jedem Kollegen mit gutem Gewissen empfehlen konnte. Auch unsere besondere Krankenkasse und unsere besondere Sterbekasse bieten für geringe Beiträge angemessene Leistungen. Wer für sich und seine Familie sorgen will dem kann nur geraten werden Mitgliebes auch dieser Kassen zu werden.

Die gewerkschaftlichen Aufgaben, die noch zu lösen sind bestehen, daß auch der letzte Arbeiter sich organisiert. Keiner sollte stehen, wenn es gilt unsern Mann zu stellen. Man rühre in allen Ortsvereinen, werbe für unsere Sache. Fort mit der Laubheit und Gleichgültigkeit. Fort mit allen leeren Ausreden, wenn es sich darum handelt, in die Reihen der organisierten Massen einzutreten. Sinein in die Organisation! das muß der Slogan sein, der alle bewegt.

Vor dem Hauptauschuß des Gewerkschaftsrings.

Im Reichswirtschaftsrat sprach Privatdozent Dr. Friedrich Raab Leiter der Arbeitsstätte für sachliche Politik, die „Wirtschaftliche Gestaltung des deutschen Steuerwesens“. Der Referent zeigte inwiefern das gegenwärtige Steuerwesen in vielfacher Hinsicht unwirtschaftlich ist. Trotz gegenwärtiger Ueberbürden es keinesfalls in der Zukunft zur Deckung der Verpflichtungen den Londoner Verpflichtungen aus. Durch seine Vielfältigkeit Kompliziertheit verursache es zu hohe Unkosten bei der Finanzverwaltung und der in der Wirtschaft, vor allem aber wirke es rationellsten Ausnutzung der Produktionsmittel und der Neuzugabe von Kapital entgegen.

In längerer Ausführung legte der Redner dann die Grundzüge umfassender und zusammenhängender Vorschläge zur wirtschaftlicheren Gestaltung des deutschen Steuerwesens dar. Diese Vorschläge sind von Kommerzienrat Dr. Rabbeitz aufgestellt und dem Redner weiter ausgeführt worden. Sie zielen in einer schrittweisen Besteuerung der Produktionsmittel nach ihrer Ertragsfähigkeit, sodaß der sie besonders wirtschaftlich Bearbeitende vorzuzug wird.

Im letzten Teile seines Vortrages, wie auch in der anschließenden lebhaften Aussprache zeigte Dr. Raab, wie das vorgeschlagene Steuerwesen im einzelnen auszugestalten, und in organ-

Ein jedes Mitglied sollte wissen

Da es nicht genügt, bloß Mitglied zu sein sondern daß man auch den Mut haben muß sich überall als Gewerksvereiner zu bekennen.

Daß man die Grundzüge und Ideen der Gewerksvereine weiter zu verbreiten hat und jeder alles aufbieten muß, um neue Mitglieder für unsern Gewerksverein zu werben. Daß unsere „Eiche“ dazu da ist von allen Mitgliedern genau gelesen zu werden und man gelesene Zeitungen an andere Kollegen weiter geben soll.

Daß man die Beiträge immer pünktlich zahlen und eine Woche im voraus entrichten soll, und daß man dem Kassierer die Arbeit nicht erschweren darf.

Daß die Höhe der Unterstützungen im Gewerksverein sich neben der Mitgliedsdauer richtet nach der Höhe der bezahlten Beiträge. Darum ist derjenige Kollege am besten daran, der die höchsten Beiträge bezahlt hat.

Daß man keine Ansprüche erheben soll, die nicht auf Grund unserer Gewerksvereinsatzung berechtigt sind.

Daß man in den Mitgliederversammlungen immer anwesend sein soll, man es in diesen aber vermeiden muß, durch Stänkereien und Mörgeleien den guten Verlauf einer solchen Versammlung zu stören.

Daß Bitterwissen und Bessermachen zweierlei Dinge sind. Daß man mit Kollegen stets in echt kollegialer Weise verfahren soll und wir uns stets bemühen wollen, auch die ehrliche Ueberzeugung des anderen zu achten.

Daß zur Erreichung eines Erfolges immer der Wille zur Tat vorhanden sein muß und daß immer noch das alte Wort gilt:

Einigkeit macht Kraft!

nische Fortentwicklung an das bisherige Steuerwesen anzupassen. Seine wirtschaftlichen und sozialen Wirkungen wurden eingehend besprochen und die von verschiedenen Seiten geltend gemachten Bedenken erörtert. In einem zusammenfassenden Schlußwort konnte Dr. Raab, daß ein wirtschaftlich und sozial vollkommenes Steuerwesen unmöglich sei, insoweit die Vorschläge zu einer wirtschaftlicheren Gestaltung der Steuern anzuerkennen seien, wenn im Vergleich zum bisherigen ihre Vorteile die Nachteile stärker überwiegen und ein vollkommeneres nicht gefunden sei.

Die Gewerkschaftsring wird in seinem steuerpolitischen Ausschuss die Diskussion der Steuerprobleme fortsetzen, da für die Lebensverteilungskämpfe in der deutschen Volkswirtschaft eine klare steuerpolitische Orientierung der Arbeitnehmerschaft von größter Bedeutung sein wird.

Wachsmattierung.

Die Tageszeitung des Holzverarbeitenden Gewerbes Deutschlands „Die Holzindustrie“ schrieb vor kurzem über „Wachsmattierung“ folgendes:

Es ist doch verwunderlich, daß verhältnismäßig wenig Betriebe in ihrer Beizeerei und Poliererei das Wachsmattierungsverfahren anwenden, trotzdem doch dieses ein wirklich ideales Mittel für die Vollendungsarbeiten der Möbelindustrie ist, welches sich in der Praxis schon viele Jahre hervorragend bewährt hat.

Das Wachsmattierungsverfahren ist auf Grund langjähriger, sorgfältiger fachmännischer Studien herausgearbeitet.

Obwohl billiger als Schellackmattierung übertrifft die Wachsmattierung diese an Ertragsfähigkeit, ist aber nicht etwa als ein Erzeugnis anzusehen, sondern gilt als Mattierungsmittel eigener Art. Der sich oftmals bei Schellackmattierungen, besonders aber bei den billigeren Erzeugnissen, so sehr häufig einstellende so genannte Speckglanz, kommt bei Verwendung von Wachsmattierung überhaupt nicht vor. Im Gegensatz dazu wird eine dauerhafte Mattierung von großer Glätte und vornehmen mattem Seidenglanz außerordentlich leicht und rasch erzeugt.

Die Anwendung ist sehr leicht und zwar trägt man einfach auf die rohe bzw. gebeizte und vorher sorgfältig geeläutete Holzfläche die Wachsmattierung mit einem Lappen gleichmäßig in dünner Schicht auf. Nach dem Trocknen (in ganz kurzer Zeit) bürstet man den gewachsenen Gegenstand mit einer Bürste in der Richtung der Struktur des Holzes gut durch und reibt mit einem sauberen Lappen leicht darüber.

Die Verwendung erfolgt in normaler Zimmertemperatur.

Beim Mattieren von Schnitzungen muß die Mattierung über Dampf, nicht über offenem Feuer etwas flüssig gemacht werden und wird dann einfach mit einem weichen Pinsel aufgetragen.

Gegenüber den bisherigen Mattierungsverfahren hat die Wachsmattierung folgende Vorteile:

1. entfällt das bei Verwendung jeder anderen Mattierung unvermeidliche Nachschleifen des aufgerauhten Holzes, da die Wachsmattierung das Holz nicht aufrauht.

2. entfällt dadurch auch das nochmalige Auftragen der Mattierung, wodurch mindestens 50 Prozent Material gespart werden abgesehen davon, daß ohnedies schon die Hälfte Mattierung auch bei dem einen Aufstrich gespart wird. Man benötigt z. B. für ein Speisezimmer bestehend aus 2 Meter Büffet und Anrichte nur ca. 1 1/2 Kilogramm und zwar 1/3 für die Innenmattierung und 2/3 für die Außenmattierung.

3. Trocknet die Wachsmattierung wesentlich schneller ab als die z. Bt. allgemein benutzten Mattierungspräparate, so daß eine weitere Verarbeitung der betreffenden Möbel ohne Zeitverlust geschehen kann.

Ein vorteilhafter Unterschied gegenüber der Schellackmattierung besteht auch darin, daß bei letzterer stets der gewünschte Beizton erst durch das Zusammenwirken des Schellacks mit der Beize zustande kommt, nach der allgemein bekannten Erscheinung daß der Schellack die gewöhnliche Räucherbeize im Tone verdunkelt. Diese Farbtonveränderung fehlt bei der Wachsmattierung, weil sie chemisch ohne Einwirkung bleibt. Sie ist chemisch indifferent, was ihr unbedingt als Vorzug anzurechnen ist.

Man muß also bei Anwendung des Wachsmattierungsverfahrens den Beizton von vornherein richtig einstellen, um mit der Wachsmattierung dasselbe zu erreichen, wie mit der Schellackmattierung.

Häufig bezeichnet der Beizer den Farbton als entstellt, bezweigt er die Wachsmattierung nicht verträglich mit der angewandten Beize, aber hier wird der erfahrene Beizer, der die Vorzüge der Wachsmattierung im übrigen schon schätzen gelernt hat, die Mängel nicht scheuen, die Beizen entsprechend zu modifizieren.

Ueberseht man die mit Wachsmattierung erzeugte Mattierung ganz leicht mit einer guten Schellacklösung, so ist das Endergebnis das gleiche, wie bei den weit umständlicheren Arbeiten mit Schellackmattierung.

Der Ansicht, daß das Arbeiten mit der Wachsmattierung wenig zweckmäßig erscheine, da man erst mit dem Schellacküberzug den letzten Schliff geben müsse, muß nachdrücklich widersprochen werden, denn man kann mit der Wachsmattierung allein bereits ein vollendet gutes Resultat erzielen. Eine große Zahl der Handwerker

Schleimhaut arbeiten bereits nur auf diese Art und Weise. Ja, es wird sogar in manchen Gegenden und Ländern direkt nur Nachsmattierung gefordert, da etwa auftretende Schrammen durch Reiben mit einem weichen Tuch von dem Käufer selbst mühelos beseitigt werden können.

Arbeiterchutz Unfallversicherung Gewerbehygiene

Von der Reichsarbeitsverwaltung und dem Reichsversicherungsamt ist unter Mitwirkung des Vereins Deutscher Gewerbeaufsichtsbeamten, des Verbandes der Deutschen Berufsangehörigen und der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene der nichtamtliche Teil des „Reichsarbeitsblattes“ Nr. 3 durch Bildmaterial und aufklärende Artikel ausgestattet, um für den Arbeiterchutz, die Unfallverhütung und Gewerbehygiene zu wirken. Jede dritte Nummer im Monat soll künftig diesem Zwecke dienen, weil sich mehr und mehr die Ueberzeugung Bahn gebrochen hat, daß ein wirksamer Arbeiterchutz gerade jetzt und gerade für uns eine wirtschaftliche Notwendigkeit ist. Frey habe berechnet, daß für das Jahr 1919 die kapitalisierte Unfallrentenlast für Deutschland allein einen Wert von 28 Milliarden Goldmark ausmacht.

Der „Arbeiterchutz“ will, wie die Schriftleitung in einem Artikel „Zur Einführung“ hervorhebt sich durch Veröffentlichungen in volkstümlicher Form, die für den Laien insbesondere für jeden Arbeitnehmer ohne weiteres verständlich ist, belehrend aufklärend und anregend an die Allgemeinheit wenden. Seine Aufgabe soll es in erster Linie sein, den Inhalt amtlichen Materials der Veröffentlichungen des Reichsversicherungsamts, der Berichte der Gewerbeaufsichtsbeamten, der Gewerbeärzte, der technischen Aufsichtsbeamten der Berufsangehörigen, der Gutachten des Reichsgesundheitsamts in allgemeinverständlicher Darstellung zu bringen. Darüber hinaus soll die allgemeinverständliche Auswertung einwandfrei feststehenden Tatsachenmaterials aus dem Gebiet der Unfallverhütung und des sonstigen Arbeiterchutzes Gegenstand seiner Veröffentlichungen bilden. Mit allen Mitteln der Propaganda in immer neuer, fesselnder Form einfach aber künstlerisch, ergänzt durch Zahl- Wort und Bild und graphischen Darstellungen müsse der Gedanke des Arbeiterchutzes in die Öffentlichkeit dringen, auch durch Rundfunk und Film wo die Vorbedingungen dafür gegeben. Ob dieses Ziel erreicht werden wird, hänge nicht nur von den Mitarbeitern ab, sondern auch von dem Geist und dem guten Willen, mit dem die Leser es aufnehmen. Ihr tätiges Interesse wird gesucht, ihre Mitarbeit gewünscht. Jede Anregung, jeder Vorschlag für eine bildfähige Darstellung wird willkommen geheißen und dankbar begrüßt. Man kann dieser Arbeit nur Erfolg wünschen.

Das Problem der Arbeitslosenversicherung.

Das Problem der Arbeitslosenversicherung in Deutschland ist der Gegenstand der Tagesordnung einer großen Versammlung am Freitag, den 20. Februar 1925 vormittags 10 Uhr, im großen Sitzungssaal des Reichswirtschaftsrats zu Berlin, Bellevuestr. 15, zu der die Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit einladet. Es wird behandelt werden:

- Die Arbeitslosenversicherung im Rahmen der wirtschaftlichen und sozialpolitischen Entwicklung;
- Die Lastenverteilung innerhalb der Arbeitslosenversicherung;
- Der Arbeitsnachweis als Organ der Arbeitslosenversicherung;
- Sorbeugende Maßnahmen zur Verhütung und Beendigung der Arbeitslosigkeit als Aufgabe der Arbeitslosenversicherung.

Sieben Berichterstatter sind vorgezogen, die über die einzelnen Fragen sprechen werden. Die Vertreter der Reichs-, Landes- und Kommunalbehörden sind eingeladen, ganz besonders auch die Vertreter der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen.

Ausperrung im Bezirk Hessen, Hessen-Nassau.

Wie im Bezirk Brandenburg, so sind auch die Holzarbeiter im Bezirk Hessen-Nassau (südlich) und Freistaat Hessen ausgeperrt worden, weil die Verhandlungen über einen neuen Lohn- und Tarifvertrag zu keinem Ergebnis führten und in Frankfurt a. M., Darmstadt und Offenbach etwa 600 Kollegen die Arbeit eingestellt hatten. Man sieht, die Unternehmer wollen auf's Ganze gehen. Ein Zeichen mehr, wie notwendig es ist, daß die Arbeiter restlos sich organisieren müssen. Die Lehren dieser Ausperrungen werden für manchen unorganisierten Kollegen heilsam sein. Leider müssen einige Kollegen erst durch Schaden klug werden, ehe sie die Notwendigkeit der Organisation einsehen.

Die Höhe der staatlichen Erwerbslosenfürsorge

ist mit Wirkung vom 9. Februar 1925 ab erhöht worden. Eine Unterscheidung zwischen männliche und weibliche Arbeitslose bei der Festlegung der Höhe der Unterstützungen ist nicht mehr vorhanden. Wir werden die einzelnen Unterstützungssätze in der nächsten Nummer unserer „Zeitschrift“ bekannt geben.

Das Volksvermögen vor und nach dem Kriege.

Durch den Krieg und seine Folgewirkungen ist bekanntlich ein starke Verschiebung des politischen und wirtschaftlichen Schweregewichts in der Welt und der wirtschaftlichen Kräfteverteilung innerhalb der einzelnen Länder eingetreten. So gesehen, d. h. unter dem Gesichtswinkel wirtschaftlichen Kraftzuflusses, sind die Vereinigten Staaten als die eigentlichen Sieger aus dem Weltkrieg hervorgegangen. Das Emporblühen der amerikanischen Wirtschaft während des Krieges und nach dem Kriege, die in ungeheures Ausmaß gesteigerte Leistungsfähigkeit der amerikanischen Industrie, das Zusammenströmen des internationalen Goldes in seine Kassen sind deutlich sichtbare Merkmale dieser Entwicklung. Auf der anderen Seite das durch den Krieg und die kaum weniger unproduktiv verlaufenen Nachkriegsjahre wirtschaftlich aufs äußerste geschwächte Deutschland! Ein Ueberblick über den Stand des Volksvermögens in den wirtschaftlich wichtigsten Ländern gibt ein anschauliches Bild, als langatmige wirtschaftliche Darlegungen es vermögen, den Grad der Verlagerung des wirtschaftlichen Schweregewichts in der Welt wieder. Freilich, Statistiken die hiezu stichfest wären, gibt es über diesen Gegenstand nicht. Aber es ist doch interessant, daß von amerikanischer wirtschaftsstatistischer Seite der Versuch gemacht worden ist, das Volksvermögen der wichtigsten Staaten vor und nach dem Kriege abzuschätzen, und daß das folgende Ergebnis in Millionen Dollars dabei herauskommt:

	1912	1922
Vereinigte Staaten	183 299	320 803
Großbritannien	79 297	88 840
Frankreich	57 075	67 710
Deutschland	77 783	35 700
Italien	23 030	25 986
Spanien	—	29 310
Schweiz	3 030	4 567
Rußland	56 140	—
Niederlande	4 827	8 260
Kanada	10 980	22 095
Argentinien	11 680	13 178
Brazillen	—	13 020
Indien	—	21 960
China	—	19 087
Australien	6 113	9 689

Wir sehen, daß der Weltkrieg und seine Folgen — abgesehen von dem Resultat der außerordentlichen wirtschaftlichen Schwächung Deutschlands, dessen Volksvermögen nach der amerikanischen Darstellung auf weniger als die Hälfte zusammengeschrumpft ist — auch einen für den größten Teil unserer europäischen Gegner höchst unerwünschten Erfolg gezeitigt hat: die ungeheure wirtschaftliche Ueberlegenheit Amerikas. Demgegenüber ist der Zuwachs an Volksvermögen, den England Frankreich und Italien erzielt haben verhältnismäßig gering, ganz abgesehen davon daß sie in stark verschuldeter Lage gegenüber den Vereinigten Staaten geraten sind.

Was im übrigen das deutsche Volksvermögen der Gegenwart betrifft so haben von deutscher wirtschaftsachverständiger Seite aufgestellte Schätzungen ein Ergebnis gehabt, das mit der amerikanischen Schätzung nicht ganz übereinstimmt, den Rückgang des deutschen Volksvermögens vielmehr von etwa 300—310 Milliarden vor dem Kriege auf ungefähr 170 Milliarden im Jahre 1924 ansetzt wobei allerdings die ungeklärten deutschen Wirtschaftsverhältnisse nach dem Kriege keine sichere Bewertungsgrundlage boten. In jedem Falle geht aus der amerikanischen Darstellung hervor wie stark nach den Berechnungen neutraler Beobachter das deutsche Volksvermögen im Kriege und unter den furchtbaren Wirkungen des Vierjahreskrieges zusammengeschrumpft ist. (Heimatsdienst)

Aus den Ortsvereinen.

Weichenhorn. Unser Ortsverein der Holzarbeiter hielt am Sonntag, den 1. Februar im „Lammjale“ seine Generalversammlung ab, die einen guten Verlauf nahm und gut besucht war. Bezirksleiter Kollege Barnholt berichtete zunächst über den Stand der Tarif- und Lohnbewegungen, dann gab der Kassierer, Kollege Schick den Jahreskassenbericht und der Schriftführer, Kollege Albert Schmid den Tätigkeitsbericht. Alle diese Berichte wurden mit Beifall aufgenommen und der Bezirksleitung besonderen Dank gesagt. Die Wahlsache der Vorstandskasse war bald vorüber, da einstimmig alle Vorstandsmitglieder wiedergewählt wurden. Nachdem der Bezirksleiter unter Verschiedenes noch einige wichtige Organisationsfragen behandelt hatte, und auf die im Laufe dieses Jahres abzuhaltende Jahreshauptversammlung des Ortsvereins hingewiesen wurde, der Wunsch ausgesprochen, daß dazu mal wieder unser Hauptvorsitzender, Kollege M. Schumacher-Berlin kommen sollte und dabei die Festrede halten werde. Nachdem der Vorsitzende, Kollege Thalmeier, die schon verlaufene Generalversammlung geschlossen hatte, zu der auch Frauen der Mitglieder erschienen waren, schloß sich eine gemütliche Familienunterhaltung an. Der Verbandskollege Kaufmann erfreute dabei die Anwesenden durch humoristische Vorträge und erntete für seine Glanzleistungen großen Beifall. Nur ungern trennte man sich abends von dem liebenswürdigen Gaste, dem herzlich Dank gezollt wurde. Auf baldiges Wiedersehen wollen wir ihm auch an dieser Stelle zurufen.